



Antrag

der Fraktion der SPD

Die Menschen mit steigenden Energiepreisen nicht allein lassen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Gesetzesinitiative der Ampel-Koalition im Bund, einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger als Zuschuss zu den steigenden Heizkosten zu zahlen. Dieses Gesetz soll zum 1. Juni 2022 in Kraft treten. Zudem sichert es zu, einmalige Heizkostenzuschüsse, die ein Land aufgrund dieses Gesetzes gewährt, vom Bund zu erstatten. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dementsprechend zügig zu handeln.

Zudem fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- sich dafür einzusetzen, dass die Energieversorgungsunternehmen Strom- und Gassperren für die nächsten Monate aussetzen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Pauschale für Haushaltsstrom im Regelsatz der Grundsicherung überprüft und ggf. angepasst wird.
- die Ampel-Koalition dabei zu unterstützen, eine faire Teilung des zusätzlich zu den Heizkosten zu zahlenden CO₂-Preises zwischen den Vermieterinnen und Vermietern einerseits und Mieterinnen und Mietern andererseits zu erreichen.
- die Abschaffung der Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis zu unterstützen.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass allgemeingültige Standards für Energielieferanten entwickelt werden, damit sofortige einseitige Kündigungen durch den Anbieter aufgrund von Preissteigerungen auf dem Markt ausgeschlossen werden können.

- den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein weiter zu forcieren, um bis zum vollständigen Erreichen der Energiewende unabhängig von fossilen Energie-Importen zu werden.

Begründung:

Ein Blick auf die europäischen Strom-, Gas- und Ölpreise zeigt, dass mit einem teuren Winter zu rechnen ist. Dies hat finanzielle Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn praktisch alle Strom- und Gasanbieter haben Preiserhöhungen vorgenommen und weitere angekündigt.

Es kann nicht sein, dass in so einem reichen Land wie Deutschland Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten können. Vor allem Menschen mit geringen Einkommen, mit kleinen Renten oder Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen und Wohngeld können weitere Preissteigerungen nicht mehr stemmen.

Das Bundesbauministerium plant einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger als Zuschuss zu den steigenden Heizkosten. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um kurzfristig eine finanzielle Entlastung zu erreichen. Zudem muss sich die Landesregierung kurzfristig bei den regionalen Energieversorgern für eine Selbstverpflichtung einsetzen, damit Stromsperren nicht umgesetzt werden.

Wir benötigen insbesondere den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, damit wir unabhängiger von den ständigen Preiserhöhungen bei Gas und Rohöl werden. Gleichzeitig muss die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis, so wie im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart, so schnell wie möglich beendet werden.

Thomas Hölck
und Fraktion